



Donnerstag, 4. Februar 2010

### **GRÜNE empört über Kooperationsvertrag zwischen Kultusministerium Baden-Württemberg und der Bundeswehr: Militär hat an der Schule nichts zu suchen**

Auf seiner letzten Vorstandssitzung hat der Kreisvorstand Karlsruhe von Bündnis 90/die GRÜNEN beschlossen, einen Brief der DFG-VK zu unterstützen, in dem ein Kooperationsvertrag zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Bundeswehr scharf kritisiert und nachdrücklich gefordert wird, mit Friedensorganisationen Kooperationsverträge abzuschließen.

Auf Sicherheitspolitische Fragestellungen, insbesondere der globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, hat das Militär – auch die Bundeswehr – nach Ansicht der GRÜNEN durchaus kein Monopol, auch wenn bedeutende wirtschaftliche Interessensvertreter der Rüstungslobby dies immer wieder glauben machen wollen. Im Gegenteil haben Militäreinsätze Konfliktlösungen oft genug erschwert, wenn nicht sogar verhindert. Auch in Afghanistan kommt jetzt sogar bereits die Bundesregierung zu dem Schluss, dass „mehr zivile Hilfe und der Aufbau der afghanischen Sicherheitsorgane den Weg zur afghanischen Eigenverantwortung ebnen“ sollen. Es ist in höchstem Maße bedenklich, wenn die Landesregierung immer noch glaubt, „die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik“ könnten nur in Militäreinsätzen liegen und eine Friedenspolitische Bildung müsse daher in Schulen durch Offiziere erfolgen.

„Diese einseitig auf militärische Strategien von Konfliktverhütung und Krisenbewältigung fokussierte Sichtweise kritisieren wir scharf“ erklärt dazu der friedenspolitische Sprecher des Kreisverbandes Karlsruhe von Bündnis 90/die GRÜNEN, Jörg Rupp. Wir unterstützen nachdrücklich den von unserer schulpolitischen Sprecherin im Landtag, Renate Rastätter, eingebrachten Antrag, auch Vertreter der zivilen Akteure wie Kirchen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensorganisationen in den Unterricht einbezogen werden, falls externe Referenten wie Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Unterricht einbezogen werden.

Im Grunde jedoch hat das Militär der Schule nichts zu suchen, sind die GRÜNEN überzeugt. Sie fordern daher Karlsruher Lehrerinnen und Lehrer auf, Friedenspolitische Erziehung in Schulen weiterhin selbst in die Hand zu nehmen und ihr einen hohen Stellenwert zuzuweisen.

Angesichts der kontroversen Debatten in unserer Gesellschaft über gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien, die an den Ursachen der globalen Konflikte ansetzen, haben die Schülerinnen und Schüler ein Recht auf umfassende und differenzierte Informationen, um sich selbst eine Meinung bilden zu können. Wenn also externe Referenten wie Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Unterricht einbezogen werden, ist es unverzichtbar, dass auch Vertreter der zivilen Akteure wie Kirchen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensorganisationen in den Unterricht einbezogen werden.